
**Der NABU Mecklenburg-Vorpommern fordert:
Herr Ministerpräsident, setzen Sie den Aktionsplan Klimaschutz um!
Machen Sie ehrliche und verlässliche Energiepolitik!**

Der dänische Staatskonzern Dong Energy plant in Lubmin die Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes mit einer Leistung von mindestens 1.600 MW.

Für den Betrieb dieses Kraftwerkes müssen jährlich 5 Millionen Tonnen Steinkohle aus Übersee antransportiert werden. Für den produzierten Strom gibt es im Land keinen Bedarf.

Als Nebeneffekte der Stromproduktion sind zusätzlich pro Jahr zu erwarten:

- mehr als 10 Mio. t CO₂ –Ausstoß,
- ca. 1100 kg Quecksilberbelastung
- über 2 Milliarden m³ um 8 °C erwärmtes Kühlwasser
- Freisetzung von 60 t krebserregender Stoffe wie Arsen, Blei und Cadmium
- Freisetzung von jeweils 7500 t Stickoxiden und Schwefeldioxid

Die Schadstoff- und Kühlwasserableitungen in den Greifswalder Bodden werden nachhaltige Schäden der sensiblen Flora und Fauna dieses Schutzgebietes zur Folge haben. Eine Verschlechterung der Wasserqualität mit zunehmender Blaualgenproduktion wird eintreten.

Das Steinkohlekraftwerk ist in dieser Form im Heimatland des Konzerns nicht genehmigungsfähig. Es steht in krassem Widerspruch zum Klimaschutzplan Mecklenburg-Vorpommerns. Die Landesregierung hat sich mit dem „Aktionsplan Klimaschutz“ dem Ziel verpflichtet, alle im Land verfügbaren Potenziale zur Reduzierung der Treibhausgasfreisetzungen zu nutzen. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des „Aktionsplanes Klimaschutz“ wird vom Ministerpräsidenten Harald Ringstorff eine andere Marschrichtung ausgegeben: zurück ins Steinkohlezeitalter.

Mecklenburg-Vorpommern nimmt einen Spitzenplatz bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ein. Fast ein Viertel der im Land produzierten Energie stammt aus erneuerbaren Quellen. Unser Land hat sich auch als Tourismusland einen hohen Stellenwert erarbeitet. Weitgehend intakte Natur, saubere Luft und naturnahe Gewässer ziehen viele Besucher an. Diese Erfolge des Aufbaus nach der Wende werden durch den Wechsel in der Energiepolitik des Landes gefährdet.

Der NABU Mecklenburg-Vorpommern fordert:

- die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien
- eine größtmögliche Reduktion der Treibhausgase
- die stetige Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz
- den Verzicht auf den Bau des Steinkohlekraftwerkes

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten zielstrebig im Sinne des Klimaschutzes zu nutzen. Der erforderliche Klimaschutz und der Schutz der biologischen Vielfalt dürfen nicht einer verfehlten Wirtschafts- und Energiepolitik geopfert werden.